



# Europa überrollt afrikanische Kleinbauern

Fotoausstellung

## Vorwort

„Kleinbauern im Blickpunkt – für mehr Gehör in der europäischen Handelspolitik!“

So lautet der Titel eines Projektes, das FIAN und Germanwatch Anfang 2007 gemeinsam mit den niederländischen und britischen Nichtregierungsorganisation (NRO) Both Ends und UK Food Group gestartet haben. Ziel des Projektes ist es zunächst, mögliche Verletzungen des Rechts auf Nahrung afrikanischer Kleinbäuerinnen und Kleinbauern durch europäische Handelspolitik zu untersuchen und zu dokumentieren. Der Name ist zudem Programm: Die Betroffenen selber sollen im Mittelpunkt stehen und die Gelegenheit erhalten, ihren Interessen und Rechten in Öffentlichkeit und Politik mehr Gehör zu verschaffen.

Die in diesem Katalog dokumentierte Ausstellung trägt die Überschrift: „Europa überrollt afrikanische Kleinbauern“. Auf insgesamt 18 Fotos des Fotografen Ulrich Döring werden zwei Bauerngemeinschaften in Ghana und Sambia porträtiert, deren Recht auf Nahrung durch europäische Importe von Tomaten oder Milch verletzt oder bedroht wird. Wie auf den Informationstafeln der Ausstellung beschrieben, geht für sie eine besondere Gefährdung von den so genannten Wirtschaftspartnerschaften mit der EU aus. Diese verpflichten ihre Regierungen nämlich, die Schutzzölle für 80 Prozent der europäischen Importe auf Null zu senken und die restlichen Zölle auf dem jetzigen Niveau einzufrieren. Dadurch verlieren Ghana und Sambia den notwendigen politischen Spielraum, um das Recht auf Nahrung der Bauernfamilien zu schützen.

Die Informationen auf den Texttafeln beruhen auf Untersuchungsmissionen, die zuvor im Rahmen des Projekts in den beiden Dorfgemeinschaften in Ghana und Sambia durchgeführt wurden. Die Ergebnisse der Untersuchungen wurden in leicht lesbaren Broschüren zusammengefasst, die bei FIAN und Germanwatch erhältlich sind (siehe auch Materialempfehlungen in diesem Katalog). Die Projektträger stehen mit den Gemeinschaften und ihren Unterstützerorganisationen weiter im Austausch und bringen ihre Anliegen durch Lobbyarbeit und Informationsveranstaltungen in die öffentliche und politische Debatte ein.

Der vorliegende Katalog zeigt die Bilder und Informationstafeln der Ausstellung. Darüber hinaus enthält er eine Kurzinformation zu jedem Bild, Tipps zum Einsatz der Ausstellung, technische Informationen zur Entleihe sowie Hinweise auf Studien und Broschüren über die portraitierten Bauerngemeinschaften und den handels- und agrarpolitischen Kontext. Und schließlich finden Sie Kontaktdaten der Trägerorganisationen des Projekts, bei denen Sie die Ausstellung und weiter führende Informationen bestellen können.



## Freihandel zwischen ungleichen Partnern

Die Europäische Union (EU) hatte bislang ihren ehemaligen Kolonien in Afrika, der Karibik und dem Pazifik (AKP) durch weitgehende Zollfreiheit den Zugang zum europäischen Markt erleichtert – ohne dafür eine Gegenleistung zu verlangen. Damit soll jetzt Schluss sein: „Gibst du mir, geb’ ich dir“, ist die Logik der Welthandelsorganisation (WTO) und damit auch die neue Devise der EU. Um ihren Marktzugang in Europa zu behalten, sollen die AKP-Staaten ihre Märkte auch für europäische Produkte öffnen. So genannte Economic Partnership Agreements (EPAs), zu Deutsch „Wirtschaftspartnerschaftsabkommen“, sollen ab 2008 zu „Freihandel“ zwischen der EU und den AKP-Staaten führen.

„Wirtschaftspartnerschaft“ klingt harmlos. Der Haken daran: Die Wirtschaftskraft der EU übersteigt jene der AKP-Staaten um ein 31-faches, und „Freihandel“ ist für den schwächeren Partner ein hochriskantes Geschäft. Schon in der Vergangenheit sind viele afrikanische Kleinbäuerinnen und Kleinbauern durch europäische Billigexporte von Rind- und Hühnerfleisch, Tomatenmark und Milchprodukten von ihren lokalen Märkten verdrängt worden. Nach den Vorstellungen der EU sollen nun die AKP-Staaten in den nächsten Jahren ihre Märkte für etwa 80 Prozent der europäischen Importe komplett öffnen. Bis zur offiziellen Verhandlungsfrist Ende 2007 haben bereits 35 von 78 Staaten zugestimmt, darunter auch Ghana und Sambia. In diesen Ländern drohen nun neue Importfluten, zumal die europäischen Agrarsubventionen in den meisten Abkommen nicht erwähnt werden. Sie sind aber der Hauptgrund dafür, dass europäische Agrarprodukte in Afrika überhaupt konkurrenzfähig sind. Bleibt dies so, ist das Menschenrecht auf Nahrung vieler Bauernfamilien akut bedroht.

Menschenrechte gehen vor Handelsrechte. Die EU darf daher die Spielräume afrikanischer Staaten zum Schutz des Menschenrechts auf Nahrung nicht einschränken. Mehr als sieben von zehn Afrikanern leben auf dem Land. Die Ausstellung will einigen von ihnen in Europa Gesicht und Stimme geben. Sie wurde von der Menschenrechtsorganisation FIAN und dem Fotografen Ulrich Döring erstellt. Sie ist Teil eines gemeinsamen Projektes mit Germanwatch, Both ENDS (NL) und der UK Food Group (GB).



## Ghana – Importfluten treffen die Ärmsten

Die ehemalige britische Kolonie „Goldküste“ wurde 1957 unabhängig und heißt seither Ghana. Das westafrikanische Land an der Atlantikküste hat 22 Millionen Einwohner. Rund 40 Prozent der Ghanaer leben unter der Armutsgrenze. Mit 60 Prozent ist die Armutsrate unter den Nahrungsmittel produzierenden Bauernfamilien noch deutlich höher.

Infolge der Schuldenkrise musste Ghana auf Druck des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank seit 1983 umfassende Privatisierungen durchführen und seinen Markt für Importe öffnen. Verlierer waren vor allem die Bauern. Früher hatte der Staat sie bei der Vermarktung, mit Infrastruktur, günstigen Krediten und Saatgut großzügig unterstützt. Jetzt sind sie weitgehend auf sich selbst gestellt. Seit den 1990er Jahren werden sie zudem von regelrechten Importfluten heimgesucht. Billige Einfuhren von Reis, Geflügelteilen und Tomatenmark verdrängen die Produkte einheimischer Bauern von den Märkten und bedrohen somit das Menschenrecht auf Nahrung dieser Familien. Als Ghana 2003 die Schutzzölle für Geflügel und Reis anheben wollte, rief der IWF die Regierung rasch zur Ordnung. Drei Tage nach Bewilligung eines IWF-Kredits über 258 Millionen US-Dollar wurden die Zölle wieder auf das alte Niveau gesenkt. Von Freihandel – dem angeblichen Ziel der IWF-Politik – kann man jedoch nicht sprechen: ein Großteil der Einfuhren aus den USA und der EU wird erst durch üppige staatliche Unterstützung ermöglicht.

Was der IWF 2003 noch mit unlauteren Mitteln verhinderte, wird in Zukunft gegenüber der EU gar nicht mehr möglich sein. Denn nach dem EPA-Interimsabkommen, dem die ghanaische Regierung am 13. Dezember 2007 zugestimmt hat, ist Ghana verpflichtet, die Zölle für über 80 Prozent der europäischen Importe bis zum Jahr 2023 auf Null zu senken. Bisher ist noch unklar, ob Tomaten und Geflügel zu diesen 80 Prozent gehören, oder ob sie als „sensible Produkte“ von der Zollsenkung ausgenommen werden dürfen. Doch selbst im letzteren Fall wären die Bauern noch nicht aus dem Schneider. Denn eine Klausel des Vertrags verbietet Ghana selbst für diese Produkte, den Zoll über das jetzige Niveau hinaus anzuheben. Genau das wäre aber notwendig, um das Recht auf Nahrung der Tomaten- und Geflügelbauern zu schützen.



## Tomatenbauern in Koluedor – Tomatenmark auf dem Vormarsch

Das Dorf Koluedor liegt 30 Kilometer von der Hauptstadt Accra entfernt. Über 5.000 Menschen leben hier, die meisten vom Tomatenanbau. Während der Ernte im September rücken die Zwischenhändler mit ihren Lastwagen an, um die vollen Tomatenkisten aufzukaufen. „Die Preise steigen weniger als unsere Kosten“, klagt ein Bauer. „Wenn die Ernte in mehreren Regionen zeitlich zusammen fällt, steigt das Angebot und die Preise sinken“ erklärt er. Viele Bauern bleiben in Koluedor auf ihren Tomaten sitzen – und den Kosten. Wegen sinkender Einkommen und wachsender Schulden sind viele Familien nicht mehr in der Lage, dreimal täglich zu essen. Vor der Ernte leiden viele Hunger, am härtesten trifft es die Kinder.

Ein Besuch auf dem städtischen Markt in Accra offenbart den Hauptgrund für die Misere. Hier stapeln sich Tomatendosen mit Aufschriften wie „Gino“, „Pómo“ oder „La Perla“. Die meisten stammen aus Italien, China oder den USA. Die importierte Paste verdrängt frische Tomaten aus Ghana, denn sie ist leicht zuzubereiten und trifft den Geschmack der Städter. Und sie ist billig, nicht zuletzt aufgrund hoher Subventionen in der EU und den USA. Zusätzlich drängen in jüngster Zeit auch noch Frischtomaten aus dem Nachbarland Burkina Faso auf den ghanaischen Markt.

Die Tomatenproduktion könnte vielen Ghanaern einen Weg aus Hunger und Armut und damit zur Umsetzung ihres Menschenrechts auf Nahrung weisen. Dazu wären mehr staatliche Unterstützung für Produktion und Weiterverarbeitung heimischer Tomaten sowie mehr Außenschutz vor Billigimporten notwendig. Letzteres wird aber aufgrund des neuen Abkommens zwischen der EU und Ghana verboten. Die Bauern fordern jetzt, dass die menschenrechtswidrigen Bestimmungen des Abkommens revidiert werden.





Seit den 1950er Jahren bauen die Bauernfamilien in Koluedor Tomaten an.  
Die Erträge aus dem Verkauf der Ernte sind ihre wichtigste Einkommensquelle und  
Ernährungsgrundlage.



Mangels Bewässerung können die Bäuerinnen und Bauern nur einmal pro Jahr Tomaten ernten – gewöhnlich im August und September. Traktoren zu mieten ist zudem teuer und für viele unerschwinglich.



Nur ein kleiner Teil der Tomaten wird von den Familien zur Essenzubereitung verwendet. Die meisten werden verkauft und sollen Geld für den Erwerb von anderen Nahrungsmitteln, Kleidung, Büchern und anderen lebensnotwendigen Gütern einbringen.



In der Erntezeit kommen ZwischenhändlerInnen mit Lastwagen auf die Felder, um die Tomaten aufzukaufen. Die Preise stagnieren seit langem, das Misstrauen gegenüber den HändlerInnen ist groß.



Zu später Stunde werden die Kisten mit den Tomaten auf die Lastwagen verladen und in die Städte Accra, Kumasi, Tema und Ashaiman gebracht, wo sie auf den Märkten verkauft werden.



Lokale Märkte bieten vor allem Frauen in Ghana eine wichtige Erwerbsmöglichkeit. Seit Jahren beklagen die Tomatenverkäuferinnen aber scharfe Konkurrenz durch importierte Tomatenpaste, vor allem aus Europa.



Die Importe von Tomatenpaste – vor allem aus Südeuropa und China – sind in den letzten Jahren drastisch angestiegen. Die Verkaufsstände mit Tomatendosen schießen auf den lokalen Märkten wie Pilze aus dem Boden.



Die meisten Familien in Koluedor müssen – besonders in den Monaten vor der Ernte – die Anzahl, Menge und Vielfalt ihrer Mahlzeiten reduzieren. Am meisten leiden darunter die Kinder.



Viele Gewerkschaften, Bauern- und Nicht-regierungsorganisationen protestieren in Ghana gegen den Abschluss von Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) mit der EU, die den Spielraum zum Schutz von Menschenrechten einschränken.

## Sambia – Marktöffnung ohne Gegenleistung?

Die Republik Sambia im südlichen Zentralafrika erlangte 1964 die Unabhängigkeit von Großbritannien. An der Mehrheit der rund 12 Millionen Einwohner sind die Früchte der Freiheit aber vorbei gegangen. Galt Sambia in den 1960er Jahren noch als das zweitreichste Land im südlichen Afrika, so zählt es heute zu den ärmsten der Welt. Fast die Hälfte der Bevölkerung lebt in absoluter Armut, 28 Prozent sind chronisch unterernährt, und die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt nur 37 Jahre.

Stark schwankende Weltmarktpreise für das Hauptexportgut Kupfer, militärische Konflikte mit dem früheren Apartheidregime in Südafrika sowie Naturkatastrophen und AIDS haben die Entwicklung des Landes stark beeinträchtigt. Eine Hauptursache für Armut und Hunger sind die so genannten Strukturanpassungsmaßnahmen, welche die Weltbank und der IWF Sambia in den 1990er Jahren infolge der Schuldenkrise auferlegt haben. Durch die Privatisierung der Kupferbergwerke verlor der Staat seine wichtigste Einnahmequelle und Tausende Arbeiter ihren Job. Die Einführung von Gebühren im Schul- und Gesundheitswesen belastete die Geldbeutel der Ärmsten und schnitt sie von überlebensnotwendigen Dienstleistungen ab. Der Abbau landwirtschaftlicher Unterstützung und die Marktöffnung kosteten viele kleinbäuerliche Betriebe ihre Existenz.

Diese Marktöffnung wird durch das neue EPA-Interimabkommen zwischen der EU und Sambia nunmehr weiter forciert. Für 80 Prozent der europäischen Importe soll Sambia innerhalb der nächsten 20 Jahre seinen Markt vollständig öffnen. Für sämtliche europäischen Importe werden darüber hinaus Zollerhebungen verboten. Für ProduzentInnen von Milch sowie Rind-, Schweine- und Hühnerfleisch drohen damit in Zukunft möglicherweise steigende Billigimporte aus der EU. Die Gegenleistung der EU ist hingegen gering. Denn als eines der ärmsten Entwicklungsländer (*Least Developed Countries* – LDCs) hatte Sambia schon zuvor nahezu zollfreien Marktzugang in die EU genossen und wird daher von einer Öffnung des europäischen Marktes kaum profitieren.



## Die Milchbauern von Magoye – Erfolgsbeispiel bedroht

Die Milchproduktion steckt in Sambia noch in den Kinderschuhen. Für die Mitglieder der Milchkooperative von Magoye im Süden des Landes war sie die Rettung. „Von den niedrigen Maispreisen konnten wir nicht mehr überleben“ sagt John Mwemba, Mitgründer und Vize-Vorsitzender der Kooperative. „Darum haben wir uns 1995 zu einer Kooperative zur Vermarktung von Milch zusammengeschlossen. Inzwischen sind wir über 300 Bäuerinnen und Bauern, den meisten geht es deutlich besser als zuvor.“ Tatsächlich ist die Kooperative eine Erfolgsgeschichte, unterstützt wurde sie auch von der deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ).

Das Schlaraffenland ist es indes nicht. Den Bauern fehlt es an Geld und Krediten zur Anschaffung besserer Milchkühe und Infrastruktur. Mit dem Fahrrad und über unwegsames Gelände transportieren die Bauern morgens ihre Milch zur Sammelstelle der Kooperative, manche müssen bis zu 45 Kilometer zurücklegen. Ein Vertrag mit der Molkerei des Konzerns Parmalat garantiert zwar einen sicheren Absatz, diktiert aber zugleich niedrige Preise und verbietet den Bauern, ihre Milch anderweitig zu verkaufen oder selber weiterzuverarbeiten. Besonders in der Trockenzeit, wenn die Kühe mangels Wasser und Futter kaum Milch geben, verdienen die meisten Bauern nicht genug für eine angemessene Ernährung und zur Zahlung von Schulgebühren.

„Bitte lasst uns die Chance, unseren Milchmarkt vor europäischen Importen zu schützen“, redete John Mwemba im Dezember 2007 in Berlin einigen Bundestagsabgeordneten ins Gewissen. Denn Freihandel mit der EU ist für die Bauern von Magoye eine Horrorvision. Ihre Kühe geben in der Regenzeit bis zu vier Liter Milch, in der Trockenzeit fast gar keine. Europäische Kühe hingegen liefern bis zu 40 Liter pro Tag. Die sambischen Milchbauern erhalten im Gegensatz zu ihren europäischen Kollegen kaum staatliche Unterstützung. Sollte der ohnehin niedrige Zoll von derzeit 15 Prozent auf Milchpulverimporte aufgrund eines EPA noch weiter sinken, könnte ihr Alptraum Wirklichkeit werden. Zumal die EU-Kommission 2015 die Milchquote abschaffen und damit die Steigerung von Produktion und Exporten ermöglichen will. Das Menschenrecht auf angemessene Ernährung der Bauern von Magoye und ein erfolgreiches Entwicklungsprojekt wären massiv bedroht.





Unter den 300 Mitgliedern der Milchkooperative in Magoye befinden sich auch mehrere alleinstehende Frauen. Die Milchproduktion ist die Grundlage für die Ernährungssicherung der Familien.



Die Kooperative teilt jedem Betrieb Milchkannen zu, deren Fassungsvermögen der täglichen Produktionsmenge angepasst ist. Morgens vor dem Melken werden die Kannen mit Brunnenwasser ausgespült.

Melkmaschinen gibt es in Magoye nicht. Die Bäuerinnen und Bauern melken die Kühe von Hand. Manche Betriebe engagieren dazu auch Mitarbeiter, die mit dem Lohn den Lebensunterhalt ihrer Familien aufbessern.





Einen Teil der Milch trinken die Familien selber. Dieses kleine Mädchen geht jeden Morgen zur Melkstelle und lässt sich den roten Becher direkt aus dem Euter auffüllen – ein wichtiger Bestandteil ihrer Ernährung.



Nach dem Melken wird die Milch mit Fahrrädern zur Sammelstelle der Kooperative transportiert. Die meisten Wege sind schlecht ausgebaut. Manche Bauern müssen jeden Tag bis zu 45 Kilometer zurücklegen.



Vor der Sammelstelle stehen die Bauern am Vormittag Schlange, um die frische Milch abzuliefern. An der Größe der Kannen erkennt man die unterschiedlichen Produktionsmengen der Betriebe.



Ein Mitarbeiter der Kooperative nimmt die Milch entgegen, wiegt sie ab, prüft die Qualität und notiert, wer wie viel Milch abgeliefert hat. Das Entgelt erhalten die Bäuerinnen und Bauern am Ende des Monats.



Nach der Weiterverarbeitung durch Parmalat landet die Milch aus Magoye im Supermarkt. Die Bauern fürchten allerdings, dass eine Marktöffnung zu höheren Importen führt und ihre eigene Milch aus den Regalen verdrängt wird.



Die Ernährungslage hat sich in Magoye durch die Milchproduktion in den letzten Jahren deutlich verbessert. Doch besonders in der Trockenzeit geben die Kühe wenig Milch – Hunger gehört dann für die meisten Familien zum Alltag.

## Tipps zum Einsatz der Ausstellung

Ziel der Ausstellung ist es, afrikanischen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in der europäischen Öffentlichkeit ein Gesicht zu geben und ihren Forderungen an die europäische Handelspolitik Gehör zu verschaffen. Die Fotos und Informationstafeln vermitteln einen lebendigen Eindruck von der Arbeit, den Problemen und Herausforderungen der Bauerngemeinschaften in Koluedor und Magoye. Es wird deutlich, dass die Bauern nicht nur passive Opfer der Politik sind sondern auch aktiv die Einhaltung ihrer Menschenrechte einfordern.

Diese Forderungen können Sie unterstützen, indem Sie die Ausstellung bei sich vor Ort zeigen. Die Möglichkeiten hierzu sind sehr vielfältig: Gelegenheiten bieten sich beispielsweise auf Konferenzen, Seminaren, Kirchentagen oder an Aktionstagen rund um Themen wie Globalisierung, Fairer Handel oder Nord-Süd-Gerechtigkeit – oder auch zu herkömmlichen Landwirtschaftsmessen. Geeignete Ausstellungslokale sind Kirchen, Gemeindehäuser, Jugendzentren, Schulen, Universitäten, Museen, aber auch Rathäuser oder Ministerien. Ideal ist eine Kombination der Ausstellung mit Diskussionsveranstaltungen, Film- oder Theatervorführungen, Lesungen oder Konzerten.

Zur Werbung können Sie die Ausstellungsplakate und -Postkarten nutzen, die Sie bei uns bestellen können. Es empfiehlt sich gegebenenfalls, den BesucherInnen der Ausstellung zu vorher angekündigten Zeiten Führungen anzubieten. In den Begleitmaterialien des Projekts finden Sie ausreichend Hintergrundinformationen, um eine solche Führung selbst durchzuführen. Damit die BesucherInnen sich selber weiter informieren können, legen Sie den vorliegenden Ausstellungskatalog aus, der zusätzlich zur Ausstellung kurze Erläuterungen zu den Bildern und Informationen über das Projekt enthält.

Sprechen Sie uns an! Wir stehen gerne zur Verfügung, um Sie bei der Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung der Menschen für die Auswirkungen der EU-Handelspolitik auf das Recht auf Nahrung in Afrika zu unterstützen!

## Technische Informationen und Entleihe

### *Material*

Die Ausstellung besteht aus insgesamt 23 Tafeln in DIN A 1 Format, davon 18 Farbphotos und fünf Informationstafeln. Alle Tafeln sind in einen Aluminiumrahmen mit Glasscheiben eingefasst. Insgesamt wiegt die Ausstellung ca. 125 Kilogramm.

### *Aufhängen*

Die gerahmten Tafeln sollten in derselben Reihenfolge aufgehängt werden, wie sie im vorliegenden Katalog abgelichtet sind. Einige Tafeln müssen im Hoch- und andere im Querformat angebracht werden, wobei sich die unteren Ränder jeweils auf derselben Höhe befinden sollten.

### *Entleihe*

Die Ausstellung ist in deutscher, englischer und niederländischer Sprache verfügbar. Die deutschsprachige Fassung kann bei FIAN-Deutschland ausgeliehen werden. Die Kontaktdaten finden Sie auf Seite 31 dieses Katalogs. Sie können die Ausstellung auch in unserem Online Shop unter [http://www.fian.de/fian/index.php?option=com\\_shopligh&Itemid=223](http://www.fian.de/fian/index.php?option=com_shopligh&Itemid=223) bestellen.

### *Kosten*

Die Leihgebühr der Ausstellung beträgt 20,- Euro. Zusätzlich fallen Transportkosten in Höhe von ca. 170,- Euro (Hin- und Rücktransport) an.

## Weitere Informationsmaterialien zum Thema

### **Materialien des Projekts „Kleinbauern im Blickpunkt – für mehr Gehör in der EU-Handelpolitik“**

*Freihandel zwischen ungleichen Partnern. Europa überrollt afrikanische Kleinbauern.* Germanwatch und FIAN-Deutschland. Beilage der Tageszeitung (Taz), Berlin, vom 2. April 2008. Überblick über die EPA-Verhandlungen und die Auswirkungen auf das Recht auf Nahrung afrikanischer Kleinbauernfamilien. Zu beziehen bei Germanwatch und FIAN-Deutschland.

*Verheerende Fluten – politisch gemacht. Europäische Handelspolitik verletzt Recht auf Nahrung in Ghana.* Germanwatch und FIAN-Deutschland. Bonn 2008. Broschüre über die Auswirkungen der Handelsliberalisierung und des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens auf die Tomaten- und Geflügelbauern in Ghana. Zu beziehen bei Germanwatch und bei FIAN-Deutschland.

*EPAs gefährden Kleinbauern – das Beispiel der Milchproduktion in Sambia.* Germanwatch und FIAN-Deutschland. Bonn 2008. Broschüre über die möglichen Auswirkungen des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens auf die Milchbauern in Sambia. Zu beziehen bei Germanwatch und FIAN-Deutschland.

*Impact of EU's agricultural Trade Policy on Smallholders in Africa* Bertow K. & Schultheis A.; Germanwatch, Both Ends, FIAN & UK Food Group. Bonn 2007. Einführung in die Verhandlungen zu den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) in englischer Sprache. Zu beziehen bei Germanwatch.

Werbeplakat zur Ausstellung „Europa überrollt afrikanische Kleinbauern“ in DIN A 2 Querformat. Zu beziehen bei FIAN-Deutschland und Germanwatch.

Postkarten zur Ausstellung „Europa überrollt afrikanische Kleinbauern“ in DIN A 6 Querformat. Zu beziehen bei FIAN-Deutschland und Germanwatch.

### **Weitere Materialien von FIAN-Deutschland**

*Die Auswirkungen der Liberalisierung des Reismarkts auf das Recht auf Nahrung – Fallstudien zu Ghana, Honduras und Indonesien* Armin Paasch (Hrsg.), Frank Garbers und Thomas Hirsch; Brot für die Welt in Zusammenarbeit mit dem Ökumenischen Aktionsbündnis und FIAN, Oktober 2007. Zu beziehen bei Brot für die Welt und FIAN-Deutschland.

*Der Handel mit dem Hunger – Agrarhandel und das Menschenrecht auf Nahrung; Dokumentation von FIAN, Forum Umwelt und Entwicklung und „Gerechtigkeit Jetzt!“* Autor: Armin Paasch, 2006. Einführungsbroschüre über die europäische Agrar- und Handelspolitik, die Liberalisierung des Weltagrarhandels, die Rolle der Welthandelsorganisation (WTO) und das Menschenrecht auf Nahrung. Zu beziehen bei FIAN-Deutschland.

### **Weitere Materialien von Germanwatch**

*Anforderungen an eine Reform der EU-Milchmarktordnung aus der Sicht bäuerlicher Organisationen in Nord und Süd.* Autor: Martin Hofstetter. Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und Germanwatch, Juni 2005. Zu beziehen bei Germanwatch und abrufbar unter [www.germanwatch.org/tw/milch05.htm](http://www.germanwatch.org/tw/milch05.htm).

*EU-Agrarsubventionen auf den Prüfstand – Entwicklung von Kriterien für ihren Umbau.* Autor: Tobias Reichert. Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und Germanwatch. März 2006. Zu beziehen bei Germanwatch und abrufbar unter [www.germanwatch.org/tw/eu-agr05.htm](http://www.germanwatch.org/tw/eu-agr05.htm).

# Projektträger

## Träger in Deutschland

FIAN-Deutschland e.V.  
FoodFirst Information & Aktions Netzwerk  
Düppelstraße 9-11  
D-50679 Köln  
Tel: +49(0)221-7020072  
Fax: +49(0)221-7020032  
a.paasch@fian.de  
www.fian.de

Germanwatch e.V.  
Kaiserstraße 201  
D-53113 Bonn  
Tel: +49(0)228-60492-15  
Fax: +49(0)228-60492-19  
lanje@germanwatch.org  
www.germanwatch.org

## Internationale Träger

Both ENDS  
Nieuwe Keizersgracht 45  
1018 VC Amsterdam  
The Netherlands  
Tel: +31(0)20 623 08 23  
Fax: +31(0)20 620 80 49  
bi@bothends.org  
www.bothends.org

FIAN-International  
Willy-Brandt-Platz 5  
69115 Heidelberg  
D-Deutschland  
Tel: +49(0)6221-6530051  
Fax: +49(0)6221-830545  
kuennemann@fian.org  
www.fian.org

UK Food Group  
94 White Lion Street  
London, N1 9PF  
U.K.  
Tel: +44(0)207-7135813  
Fax: +44(0)207-8371141  
ukfg@ukfg.org.uk  
www.ukfg.org.uk

## Impressum

Fotos: Ulrich Döring  
Text: Armin Paasch  
Redaktion: Uschi Strauß und Kerstin Lanje  
Layout: Georg Temme  
Druck: Basis-Druck GmbH, Duisburg  
Herausgeber: FIAN-Deutschland e.V. und  
Germanwatch e.V.

Diese Publikation ist Teil des Projekts  
„Kleinbauern im Blickpunkt – für mehr Ge-  
hör in der europäischen Handelspolitik!“,  
das von Germanwatch, Both ENDS (NL),  
FIAN-Deutschland, FIAN-International und  
der UK Food Group (GB) getragen wird.

Datum der Veröffentlichung: März 2008



Die Ausstellung wurde mit finanzieller  
Unterstützung der Europäischen Union  
und des Sektorvorhabens Welternährung  
und Agrobiodiversität der Deutschen  
Gesellschaft für Technische Zusammen-  
arbeit (GTZ) produziert. Die Inhalte  
liegen in der alleinigen Verantwortung  
der Projektträger und spiegeln nicht den  
Standpunkt der EU und der GTZ wider.

